



19. Januar 2018

Mit diesem Newsletter berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Die Zukunft der SPD steht auf dem Spiel**
- **Deutschland wird Chancenland: Beste Bildung von der Kita bis zum Meister oder Master**
- **Gesunde Ernährung – Für ein gutes Leben**

Die Zukunft der SPD steht auf dem Spiel

Nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen haben wir auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 gemeinsam beschlossen, dass die SPD ergebnisoffene Gespräche mit anderen Parteien aufnimmt, um die Möglichkeiten einer Regierungsbildung auszuloten. Diesen Auftrag haben wir in den vergangenen Wochen umgesetzt.

Für uns war und ist klar, dass es in einer neuen Bundesregierung – gerade mit Blick auf das Wahlergebnis der bisherigen Regierungsparteien – kein einfaches Weiter so geben kann, nachdem zwei weitere Parteien in den Deutschen Bundestag eingezogen sind.

Unser Anspruch ist, dass eine neue Bundesregierung den sozialen Zusammenhalt in unserem Land stärkt. Sie muss Motor einer neuen Europapolitik werden. Sie muss unser Land erneuern, wo es nicht modern ist. Sie muss die Kraft haben, die Probleme zu lösen, die die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag bewegen. Und sie muss nicht zuletzt unsere Demokratie beleben. Erst wenn wir diese Schritte gehen, kann neues Vertrauen entstehen.

Mit diesem Anspruch hat die SPD die Gespräche mit CDU und CSU geführt. Darum hat die SPD in den Sondierungen hart verhandelt.

Wo Fortschritte erzielt wurden, war es die SPD, die sie in den Sondierungen durchgesetzt hat. Denn CDU/CSU wollten, dass alles bleibt, wie es ist – und keine Veränderungen bei den zentralen Themen Rente, bei der Bildung oder bei der Kinderbetreuung.

Nicht alle notwendigen Veränderungen sind mit CDU und CSU möglich, aber wir haben viele Dinge erreicht, die den Alltag vieler Menschen ganz konkret verbessern. Als Ergebnis der Gespräche liegt ein gemeinsames Sondierungspapier von SPD, CDU und CSU vor.

Das Hauptproblem ist, dass ein hoher Preis für eine mögliche Regierungsbeteiligung erwartet worden war. Das sollte die Bürgerversicherung sein. Viele Mitglieder, die auch Delegierte auf dem Sonderparteitag sind, vermissen solch eine Trophäe oder Siegerpokal bei den GroKo-Sondierungen. Sie haben Schwierigkeiten, den Gesamtwert der vielen Einzelerfolge der Sondierungsgespräche anzuerkennen.

Doch eine Ablehnung von Verhandlungen über eine mögliche Große Koalition birgt erhebliche Risiken in sich. Wenn sich die SPD am Sonntag auf dem Sonderparteitag

verweigern sollte, riskiert sie bei Neuwahlen einen Absturz auf 15 bis 16 Prozent. Und davon werden wir uns langfristig kaum mehr erholen.

Mit einer Absage an weitere Gespräche wären die Sozialdemokraten dann auch in der öffentlichen Meinung jene, die das Land in diese Situation manövriert haben. Wie würde sich das auf das ohnehin extrem ramponierte Image der Partei auswirken?

Das Votum des Parteitags ist somit auch eine Grundsatzentscheidung über die Zukunft der SPD. Denn wenn es Neuwahlen gäbe, würden die Rechtspopulisten im Parlament weiter gestärkt. Dies alles kann für Niemanden in der SPD von Interesse sein.

Die SPD muss vielmehr glaubwürdig vermitteln, dass sie das Leben der Menschen besser machen will. Nur in der Regierung kann die SPD Einfluss nehmen und etwas verändern.

Und die Ergebnisse der Sondierungsgespräche belegen bereits beeindruckend, dass sich das Leben der Menschen in Deutschland verbessern wird. Insgesamt 46 Milliarden EURO stehen dafür zusätzlich zur Verfügung

Mit deutlichen Positionen für eine neue Europa-Politik, mit mehr Geld in die Bildung, verstärktem Engagement im Wohnungsbau, Investitionen des Bundes in den Ausbau von Breitbandnetzen, einer Stabilisierung des Renten-Niveaus und der Angleichung der Beiträge in der Sozialversicherung sind sozialdemokratische Punkte in der Sondierung fixiert worden, die das Leben der Menschen besser machen. Hinzu kommen Steuerentlastungen für kleinere und mittlere Einkommen durch Wegfall des Solidaritätszuschlages, ein Maßnahmenpaket gegen Kinderarmut, die Grundrente, gebührenfreie Kitas und eine erhebliche Unterstützung des Öffentlichen Nahverkehrs.

Mit den Ergebnissen aus der Sondierung ist nicht das Ende der Verhandlungen erreicht, sondern erst die Grundlage gelegt. Erst nach einer Zustimmung des Sonderparteitages am Sonntag werden die eigentlichen Verhandlungen beginnen, nach deren Abschluss alle Mitglieder der SPD entscheiden sollen, ob es eine Koalition mit CDU/CSU geben wird.

Als Anlage zu diesem Beitrag haben wir eine Positivliste der Ergebnisse der Sondierungsgespräche beigefügt.

Deutschland wird Chancenland: Beste Bildung von der Kita bis zum Meister oder Master

Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche: Weitreichende Verbesserungen und ein struktureller Durchbruch sind uns in der Bildungspolitik gelungen.

Laut Sondierungsvereinbarung kann der Bund die Kommunen zukünftig direkt bei der Modernisierung der Schulen und der Schaffung von Ganztagschulen unterstützen. Viele Kommunen plagt ein Sanierungsstau im Bereich der Schulen. Viele Schulgebäude müssen grundlegend saniert werden und besser und moderner ausgestattet werden. „Beides ist nun durch eine gezielte Förderung des Bundes möglich“, freuen sich die Abgeordneten Dilcher und Franke. „Endlich können wir unsere Schulen so unterstützen, dass dort allerbeste Bildung möglich wird. Nur so bleiben wir das Land der besten Köpfe und Ideen“, so die Abgeordneten weiter.



Auch wenn es eine Binse ist: Bildung beginnt bereits vor der Schule. Gebührenfreie Kindertagesstätten, ausreichend Personal und eine hochwertige Betreuung der Kita-Kinder werden ebenso dazu beitragen, die Bildungschancen aber auch die Chancengleichheit zu verbessern. Wir lassen kein Kind zurück. Wir erhöhen vielmehr die Chancen der Jungen und Mädchen, da wo es Sinn macht: Am Start!

Und wir behalten dabei auch die Eltern im Blick: Mit dem Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schließen wir endlich die Betreuungslücke, die sich für viele Paare nach dem Kindergartenbesuch aufgetan hat. Vor allem Mütter mussten – häufig ungewollt – wieder beruflich kürzer treten, sobald die Kinder eingeschult wurden. Ganztagsbetreuung in der Grundschule entlastet aber nicht nur Familien, sie bietet auch die Chance, Kinder aus bildungsfernen Familien extra zu fördern. Dieses stärkt noch einmal die Chancengleichheit.

„Wir kennen zahlreiche Beispiele in unseren Wahlkreisen, dass Eltern von Grundschulkindern die fehlende Betreuung am Nachmittag beklagt haben“, bekräftigen Franke und Dilcher. „Hier kann nun endlich wirksam Abhilfe geschaffen werden – und der Bund unterstützt das zusätzlich.“

Für die sich anschließende Ausbildung haben wir eine Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende vereinbart und eine BAföG-Reform für Studierende beschlossen. Beides sind Meilensteine und ermöglichen auch hier mehr Chancengleichheit und Unabhängigkeit.

Für alle diejenigen, die bereits in Arbeit sind, werden wir ein lebenslanges Recht auf Weiterbildung schaffen. Hierbei geht es uns nicht nur um den beruflichen Aufstieg also die Karriere. Wir wollen Weiterbildung grundsätzlich stärken. Arbeitslose sollen durch gezielte Weiterbildung den raschen Wiedereinstieg in die Arbeit schaffen. Die Arbeitslosenversicherung wird zur Arbeitsversicherung. „Diese Maßnahmen werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor allem helfen, die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt erfolgreich zu meistern“, sind sich die Abgeordneten sicher.

Gesunde Ernährung – Für ein gutes Leben

Anlässlich der internationalen Ernährungsmesse „Grüne Woche“ befasste sich der Deutsche Bundestag am Donnerstag im Rahmen einer vereinbarten Debatte mit dem Thema gesunde Ernährung.

Eine ausgewogene und gesunde Ernährung ist lebenswichtig. Stattdessen konsumieren wir ohne groß darüber nachzudenken, viele Lebensmittel, die als ungesund gelten. Die Folge: Die Zahl der von Übergewicht und ernährungsbedingten Krankheiten wie Diabetes, Bluthochdruck und Herz-Kreislauferkrankungen Betroffenen hat sich in den vergangenen vierzig Jahren mehr als verzehnfacht.

Vor allem Diabetes ist eine Volkskrankheit. Sie gehört zu den häufigsten nicht übertragbaren Krankheiten in Deutschland. Bis zu 6,7 Millionen Menschen sind bei uns in Deutschland von einem manifesten oder nicht erkannten, also bisher nicht diagnostizierten Diabetes mellitus betroffen. Die Zahl steigt jährlich um fast 300.000.

Damit ist der Diabetes mellitus nicht nur eine der häufigsten Erkrankungen, sondern auch mit einer hohen individuellen Belastung und mit hohen Kosten für das Gesundheitssystem verbunden. Wir wissen, dass ernährungsbedingte Krankheiten unser gesundheits- und Sozialsystem jährlich mit 70 Mrd. Euro belasten.

Als SPD-Bundestagsfraktion fordern wir deswegen in einem eigenen Positionspapier ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung ernährungsbedingter Krankheiten. Neben Ernährungsbildung muss dies auch Maßnahmen enthalten, die die Lebensmittelwirtschaft in die Verantwortung nehmen, eine gesunde Ernährung zu erleichtern.

Für unsere Gesundheitspolitik ist das alles nicht neu. Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir das Thema immer wieder auf der politischen Agenda gehabt.

Dazu gehören die Regelungen im neu geschaffenen Präventionsgesetz. Wir haben mit diesem Gesetz die für Kinder, Jugendliche und Erwachsene einen Anspruch auf Früherkennungsuntersuchungen, einschließlich Präventionsberatung und Präventionsempfehlungen geschaffen. Dieses müssen wir weiterentwickeln mit dem Schwerpunkt Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung!

Der Zusammenhang zwischen Armut, Bildung und Gesundheit ist wissenschaftlich erwiesen. Jugendliche in Armut oder wenn sie von Armut bedroht sind, haben geringere Gesundheits- und geringe Bildungschancen. Übergewichtige haben im Vergleich zu normalgewichtigen Kindern schlechtere Bildungsabschlüsse. Es ist eine Frage der Chancengleichheit, ausgewogene und gesunde Ernährung zu erleichtern.

In seiner Rede im Rahmen der Debatte im Deutschen Bundestag forderte Gesundheitspolitiker Dr. Edgar Franke:

- Es muss intensiv an der Aufklärung weiter gearbeitet werden und darauf hingewiesen werden, wie eine richtige, zucker- und fettarme Ernährung aussieht und wie wichtig Sport und Bewegung gerade für Kinder sind.
- Ein Ampel-System für Nährwerte auf den Lebensmitteln, wie es in einigen europäischen Ländern zu finden ist, ist eine weitere Maßnahme. Alle „Rot“ gekennzeichneten Produkte sind „in größeren Mengen tabu“, gelb/orange steht für „in Maßen“ und grün heißt „ruhig zulangen“. Wir wollen niemandem seine Currywurst oder seine Süßigkeiten vermiesen. Es geht dabei nur um eine einfache Orientierung für den Verbraucher auf einem Blick.
- Ebenso lässt sich durch das Überprüfen steuerlicher Fehlanreize die Lebensmittelindustrie sehr wahrscheinlich dazu bewegen, ihren Beitrag zu leisten und Rezepturen zu ändern. Dazu ist eine Neuordnung der Mehrwertsteuersätze in Deutschland überfällig. Hier kann man dann die Chance nutzen, gesundheitsförderliche Lebensmittel geringer zu besteuern.
- Ein an Kinder gerichtetes Marketing für ungesunde Lebensmittel muss verboten werden.
- Und wir müssen dafür sorgen, dass die Nationale Strategie zur Reduktion von Zucker, Salz und Fetten in Fertigprodukten konsequent umgesetzt wird.

So erreichen Sie uns

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712

www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950

www.edgarfranke.de

Informationen der SPD-Bundestagsfraktion



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

In der Anlage überlassen wir Euch das Positivpapier zu den Sondierungsgesprächen sowie den Beitrag der SPD-Bundestagsfraktion „Auf den Punkt gebracht – Mehr Geld in der Tasche“.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.